

Zusätzlich 300 000 Franken für die Kita-Finanzierung beantragt

Budgetnachtrag Das Ministerium für Gesellschaft hat zusätzliche 300 000 Franken zur Finanzierung der Kindertagesstätten beantragt. Das letzte Wort hat nun aber der Landtag.

VON DANIELA FRITZ

Den Ausbau der ausserhäuslichen Betreuung geniesst in der Bevölkerung grosse Zustimmung - trotz der deutlichen Ablehnung der Initiative «Familie und Beruf», wie die kürzlich durchgeführte Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts

zeigt. Im Gegensatz dazu habe das Einfrieren des Status quo der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung 2011 dazu geführt, dass gewisse Einrichtungen gefördert werden, während andere leer ausgehen, wie das Ministerium für Gesellschaft gestern mitteilte: «Das ist eine Ungleichbehandlung, welche nach Ansicht des Ministeriums für Gesellschaft in einem ersten Schritt behoben werden soll.»

Fehlbetrag müsse finanziert werden

Die Abstimmung machte aber auch klar, dass zur Kita-Finanzierung keine Mittel aus der Familienausgleichskasse (FAK) verwendet werden dürfen. «Wenn nun mit einem

gleichbleibenden Staatsbeitrag eine höhere Anzahl Plätze finanziert werden muss und keine anderen Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen, müsste der Elternbeitrag pro Betreuungstag stark angehoben werden», hiess es weiter. Das könnte Kita-Betreiber in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Die Möglichkeit einer Anpassung der Elternbeiträge insbesondere bei höheren Einkommen werde derzeit abgeklärt. Für die Lösung des Problemkreises rund um die Kindertagesstätten müssten sich aber alle Seiten bewegen, schreibt das Ministerium. Aus diesem Grund beantragt die Regierung die Erhöhung der staatlichen Subventionen um 300 000 Franken.

Neben dieser kurzfristigen technischen Behebung der Ungleichbehandlung sei das Ministerium derzeit damit beschäftigt, eine Bedürfnisabklärung bei den Betroffenen zu erstellen. Hierzu würden zurzeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen Gespräche geführt. Ziel sei es, zeitnah mittels Umfrage die Bedürfnisse der direkt Betroffenen, nämlich der jungen Familien, zu erheben. Anhand der daraus gewonnen Erkenntnisse soll dann «in grosser Runde» mit allen Beteiligten über die Umsetzung konkreter Massnahmen gesprochen werden, wie die Vielfalt der verschiedenen Familienmodelle bestmöglich gefördert werden könne. **Interview: Seite 7**

«Ohne zusätzliche Mittel ist ein Ausbau der ausserhäuslichen Betreuung nicht zu schaffen»

Interview Es kommt Bewegung in die verfahrenere Situation rund um die Kita-Finanzierung. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini beantragt beim Landtag eine Aufstockung der entsprechenden Budgetposition um 300 000 Franken und erklärt im Interview die Hintergründe, die zu diesem Schritt führten.

Nächste Woche wird der Landtag das Budget 2017 beraten. Sie haben einen Budgetnachtrag gestellt und schlagen den Abgeordneten vor, das Konto, aus dem die Kita-Subventionen finanziert werden, um 300 000 Franken zu erhöhen. Wie begründen Sie diesen Schritt?

Mauro Pedrazzini: In einem Gesetzesentwurf, den wir in die Vernehmlassung gegeben haben, haben wir einen jährlichen Beitrag der Familienausgleichskasse (FAK) von rund 1,4 Millionen Franken an die Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung vorgeschlagen. Da die FAK ausschliesslich von den Arbeitgebern finanziert wird, sollte damit ein Beitrag der Arbeitgeber realisiert werden. Die Wirtschaftskammer hat diesen Gedanken als Teil ihrer Volksinitiative aufgenommen. Die Initiative wurde bekanntlich wuchtig verworfen, sodass die FAK für die Finanzierung der Kitas für mich nicht mehr infrage kommt. Gemäss der Nachwahlbefragung befürwortet ein grosser Teil der Befragten dennoch einen Ausbau der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Ohne zusätzliche Mittel ist das aber kaum zu schaffen.

Es wurde von mehreren Seiten gefordert, dass die vorhandenen Mittel ohne Verzögerung gleichmässig auf alle Plätze verteilt werden sollen, damit eine Gleichbehandlung hergestellt wird. Das müsste doch möglich sein? Diese Forderung ist leicht gestellt, doch muss man sich der Konsequenzen bewusst sein. Die heutigen Mittel einfach gleichmässig auf alle zu verteilen, würde bedeuten, dass diejenigen Institutionen, welche heute schon subventionierte Plätze anbieten, deutlich weniger erhalten und die Elternbeiträge stark erhöhen müssten. Welche Konsequenzen das für die Nachfrage hätte, ist unklar. Auch würde zusätzlich die nötige Umstellung auf Subventionen gemäss erbrachter Betreuungsleistung bei schwankender Auslastung zu weiteren Mindereinnahmen bei den etablierten Betreibern führen. Das könnte ungewollte Konsequenzen haben.

Was meinen Sie damit?

Der Verein Kindertagesstätten, der vor 25 Jahren mit dem Aufbau von Kitas begonnen hat, beschäftigt heute über 120 Personen. Wir sind mit dem Verein im Gespräch und haben



Mauro Pedrazzini will die Kitas mit zusätzlichen 300 000 Franken unterstützen.
(Foto: ZVG)

den Verantwortlichen eröffnet, dass die Subventionen pro geleistete Betreuungseinheit sinken werden und die einkommensabhängigen Elternbeiträge angehoben werden müssen. Nur ist alles eine Frage des Masses. Langsame Veränderungen in einem moderaten Ausmass sind umsetzbar. Schnelle und drastische Änderungen können den Verein, der nicht über nennenswerte Reserven verfügt, an den Rand seiner Existenz bringen. Ein solches Vorgehen wäre verantwortungslos und letztlich in der Sache kontraproduktiv. Daher suchen wir nach einer Lösung, bei der sich alle Beteiligten etwas bewegen. Wenn alle Seiten von Maximalforderungen abrücken, kann meines Erachtens eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Welche Kompromisse oder Zugeständnisse wären dafür nötig?

Wenn der Staat etwas einschiesst, die heute subventionierten Kita-Betreiber die Elternbeiträge etwas anheben und nur schrittweise eine Gleichbehandlung umgesetzt wird, dann ist meines Erachtens eine Übergangslösung möglich, welche bei den dringlichsten Problemen eine Entlastung bietet. Es ist keine bequeme Lösung und sie wird mit Unzufriedenheit einhergehen, aber die finanziellen Mittel sind nun einmal beschränkt und somit auch der Lösungsraum.

Wieso fordern Sie nicht einfach 1,4 Millionen Franken vom Landtag, dann hätten Sie weniger Probleme?

Ich denke, dass - auch vor dem Hintergrund der Diskussion und des Ergebnisses der Volksabstimmung - eine solche Forderung nicht mehrheitsfähig wäre. Aber wir werden sehen, wie im Landtag argumentiert wird. Jedenfalls gibt es eine klare Spielregel in unserem Staat: Der Landtag hat die Finanzhoheit. Er bestimmt das Budget und die Regierung muss dann mit dem Geld auskommen, das gesprochen wird.

Werden Sie auch Geld an Betriebs-Kitas ausschütten?

Dafür wird es nicht reichen. Ich bin schon froh, wenn ich eine Lösung unter den andern Kitas erreichen kann. Ich denke, dass die Diskussion rund um die Abstimmung auch aufgezeigt hat, dass die Betriebs-Kitas nicht vom Staat unterstützt werden sollen.

Es wurde von verschiedenen Seiten eine Arbeitsgruppe gefordert, welche sich mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit den verschiedenen Familienmodellen befasst. Wie ist es darum bestellt?

Es gibt mehrere Aufgabenkomplexe: Kurzfristig müssen wir etappenweise die Kita-Finanzierung neu aufstellen mit dem Ziel einer Gleichbehandlung unter den Anbietern. Das ist nicht die Aufgabe einer Arbeitsgruppe, sondern

das müssen wir im Ministerium lösen. Die Arbeitsgruppe soll sich einerseits mit der richtigen Unterstützung der verschiedenen Formen ausserhäuslicher Kinderbetreuung befassen, also mit Tagesmüttern, Kitas, Tagesstrukturen und anderen Angeboten. Dann aber wird es eine wesentliche Aufgabe der Arbeitsgruppe sein, ganz generell nach Möglichkeiten zu suchen, wie Beruf und Familie unter einen Hut gebracht werden können. Wir sind derzeit mit den Anspruchsgruppen im Gespräch, um die weiteren Schritte zu definieren. Ziel ist es, in einem ersten Schritt in Form einer Umfrage die Bedürfnisse der direkt Betroffenen, nämlich der Eltern und der Kinder, zu kennen und diese dann in grosser Runde zu besprechen.

Wird sich die Arbeitsgruppe auch um das «traditionelle Familienmodell» kümmern?

Die Familienmodelle zu kategorisieren und eines davon als traditionell zu bezeichnen, greift zu kurz angesichts der Vielfalt, welche in der Realität anzutreffen ist. Wo liegt denn die Grenze zwischen dem traditionellen und dem «anderen» Familienmodell? Verlässt man das traditionelle Modell schon, wenn die Frau einen Tag pro Woche erwerbstätig ist und die Grossmutter das Kind betreut? Oder muss man drei Tage erwerbstätig sein und die Kinder in die

Kita bringen, um «nicht traditionell» zu sein? Was ist mit Frauen, die auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, bis die Kinder in den Kindergarten kommen, und danach wieder eine Arbeitsstelle suchen? Sie sehen, diese Kategorisierung führt zu nichts, sie polarisiert nur, beleidigt viele und führt zu fruchtlosen Auseinandersetzungen, welche uns einer Lösung nicht näherbringen.

Wie soll man denn vorgehen, wenn man nicht kategorisieren will?

Wir müssen die Dinge so nehmen, wie sie sind, Probleme identifizieren und nach Lösungen suchen. Beispielsweise wünschen sich viele berufstätige Frauen, dass sie zwar weiterhin im Beruf bleiben wollen, aber vielleicht die ersten zwölf Monate sich ausschliesslich um den Nachwuchs kümmern wollen, um danach wieder mit einem steigenden Pensum in den Beruf einzusteigen. Einem solchen Wunsch stehen heute vielerlei Hürden entgegen. Diese müssen identifiziert und angegangen werden.

Bestehen diesbezüglich denn schon konkrete Ideen?

Wir sprechen zurzeit wie gesagt mit den verschiedenen Anspruchsgruppen und holen dort die jeweiligen Ideen und Ansätze ab. Mögliche Ansätze gehen von einer besseren Nutzung des heute schon bestehenden Elternurlaubs über Teilzeitarbeit, flexibleren Arbeitszeitmodellen bis hin zur generellen Förderung von Familien in Form der Erhöhung des Kindergelds. Wir werden uns sicherlich sehr intensiv mit der Phase des ersten Lebensjahres befassen und haben auch schon Ideen, wie man hier die Wahlfreiheit für die individuelle Wahl des Familienmodells verbessern kann. Konkret denken wir daran, die Überschüsse, welche bei der FAK angehäuft wurden, an die Familien weiterzugeben. Ob dies nun, wie schon vorgeschlagen, mit einer gezielten Erhöhung des Kindergeldes und entsprechender Wahlfreiheit des Auszahlungsmodus umgesetzt wird oder ob noch andere Ideen aufgebracht werden, wird sich aus den Diskussionen ergeben. Es geht dabei aber nicht immer nur um Finanzen, es geht oft auch um Verbesserungen in der Organisation. Wir hoffen, dass wir hierfür insbesondere auch die Arbeitgeber gewinnen können. (eps)